

Naissaauer Volksfreund

Herborner Zeitung
mit illustrierter Gratis-Beilage „Neue Lesehalle“

Druck und Verlag von Emil Anding, Herborn. — Telephon Nr. 239.

Preis für die einseitige Petit-Zeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklame pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 112.

Herborn, Samstag, den 13. Mai 1916.

14. Jahrgang.

Kriegsschäden.

Der Reichstag hat sich am Dienstag und Mittwoch in seiner Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Beseitigung von Kriegsschäden im Reichsgebiet beschäftigt. Das Gesetz überhaupt möglich war, zeigt uns so recht wieder einmal den Unterschied, der zwischen uns und unseren Feinden besteht. Während diese kaum ein noch aus wissen und ratlos den Rufen des gegenwärtigen Krieges gegenüberstehen, während sie sich statt dessen in Zukunftshoffnungen verlaufen, gehen wir schon daran, die Schäden, die der Krieg dem eigenen Lande geschlagen hat, noch während des Krieges zu lindern. So haben die Einzelstaaten, namentlich Preußen, schon sehr viel getan, und nun tritt auch das Reich auf den Plan. Das Gesetz soll die Faktoren des Menschenmöglichen tun werden, ist aber aus dem Verlaufe der ersten Sitzung zu ersehen.

Die dem Gesetzentwurf beigegebene Begründung zählt zunächst die Maßnahmen auf, die bisher getroffen worden sind, um den betroffenen Gegenden vorläufig zu helfen. Dann folgt sie erkennen, wie groß der materielle Schaden ist, den es in Ostpreußen und in den Reichslanden wieder zuzumachen gilt. So war Ostpreußen in diesem Kriege viermal durch den Einfall des Feindes heimgesucht worden. Der erste Russeneinfall begann am 24. August 1914 und endete durch die siegreichen Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen Mitte September 1914; er war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Der zweite dauerte über den Winter und wurde erst durch die sogenannte Winterkämpfe in Masuren im Februar 1915 beendet. Durch die beiden Russeneinfälle wurden zerstört: 24 Städte, 600 Dörfer, ungefähr 300 Güter und 34 000 Gebäude; rund 100 000 Wohnungen wurden gänzlich und etwa 200 000 teilweise ausgeplündert. 22 Kirchen, 25 Pfarrhäuser und 133 Schulgebäude wurden zerstört. Der Verlust an Vieh allein beträgt rund 90 000 Stück.

In den Reichslanden konnte die Regierung eine systematische Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens nicht in Angriff nehmen, da die durch den Krieg verursachten Schäden teilweise noch vom Feinde besetzt oder bedroht sind. Es entfallen zurzeit noch auf das vom Feinde besetzte Gebiet Ortschaften mit etwa 65 000 Einwohnern, das ist 3,4 v. H., auf die geräumten Gegenden Ortschaften mit etwa 48 500 Einwohnern, das ist 2,6 v. H. der Bevölkerung. Die Verwaltung hat sich daher darauf beschränkt, nach Möglichkeit die Kriegsschäden zu ermitteln und in besonderen Fällen Vorentscheidungen zu fällen, wobei das Verfahren und die Grundlage für Ostpreußen sinngemäß Anwendung finden. Die bisher in Ostpreußen entstandenen Kriegsschäden sind sehr bedeutend, können aber ziffernmäßig noch nicht angegeben werden.

Die durch feindliche Flieger heimgesuchten Bundesstaaten (außer Preußen und Ostpreußen) besonders Baden und Württemberg) beschränkten sich in ähnlicher Weise wie das Reichsland darauf, durch Ermittlungen den Sachschaden festzustellen und zunächst aus Landesmitteln, insbesondere soweit es sich um Fortführung wichtiger Betriebe handelt, Vorentscheidungen in beschränktem Umfang zu gewähren.

Das Reich hat also ein weites Betätigungsfeld für seine Fürsorge. Eines dürfen wir aber auch hierbei nicht vergessen, nämlich den Dank, den wir unseren tapferen Soldaten zu schulden haben, deren Heldentum es uns ermöglicht, ohne Beschränkung von Rücksichten ein so großes Entschädigungswert in Angriff zu nehmen.

Ein amerikanisch-englisches Geheim-Abkommen?

Aus Anlaß des letzten Notenwechsels zwischen der britischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten, betr. den Unterseebootskrieg, weisen die Mitteilungen des „Reichs für das Deutschtum im Ausland“ auf das im März 1915 in New York veröffentlichte Werk des Herrn Roland G. Usher, Dr. phil., Professors der Geschichte an der Washington Universität in St. Louis, hin. Auf den Seiten 420 und 421 dieses Buches finden sich die folgenden Ausführungen:

Die wahre Politik der Vereinigten Staaten hat daher ohne Zweifel in einem festen Bündnis mit der größten Seemacht zu bestehen, die in ihrem eigenen Interesse unsere Verteidigungsbedürfnisse für uns schlagen und als Entgelt für unseren wirtschaftlichen Beistand unsere berechtigten Bestrebungen in Südamerika und im fernen Osten fördern würde. Eine derartige Verbindung befreit die Vereinigten Staaten bereits mit England. Kraft ihrer sind wir heute maßgebend in der westlichen Welt, und wir die Eigentümer des Panamakanals, die Besitzer der Philippinen und üben starken Einfluß aus in den Angelegenheiten des lateinischen Amerika. ... Durch ein solches Bündnis haben wir bereits mehr erreicht, als wir durch eine wahrhaft ungeheure Rüstung allein erringen können. Die Seemacht war in der Lage, uns zu geben, was wir wünschten, ohne daß wir selbst dafür zu kämpfen brauchten, und ohne daß sie von uns den Kampf für eine Erregung oder Behauptung forderte. Solange wir mit der Seemacht für alle Möglichkeiten verbunden sind — mag dieses Bündnis schriftlich niedergelegt sein oder nur als ein stillschweigendes Einverständnis bestehen, das in jedem Augenblick abgeändert werden kann — können wir davon ganz dieselbe Geltung erwarten, die wir vernünftigerweise hoffen könnten durch Waffenrüstung zu erlangen.

Professor Usher, der in dem Vorworte zu seinem Buche seine gewissenhafte Unparteilichkeit mit ganz besonderem Nachdruck hervorhebt, stellt also in einem der gewichtigsten Darstellungen der politischen Lage im gegen-

wärtigen Kriege gewidmeten wissenschaftlichen Werte die amerikanisch-englische Bundesgenossenschaft als geschichtliche Tatsache hin. Am Präsidenten Wilson ist es nun, durch die Tat zu beweisen, daß diese Feststellung des amerikanischen Gelehrten der Wirklichkeit nicht entspricht, oder daß, trotz der amerikanisch-britischen Verständigung, die Regierung der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber, wie Herr Wilson dies immer und immer wieder feierlich vor der Welt versichert hat, wahrhaft neutral sein will und kann.

Deutsches Reich.

+ Hof und Gesellschaft. Wie die Münchener halbamtsliche „Korr. Hoffmann“ meldet, hat sich der Staatsminister des Kgl. Hauses und des Heuers Dr. Graf v. Hertling am 9. Mai abends für einige Tage nach Berlin begeben.

+ Heer und Flotte. Durch Erlass des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wird bestimmt, daß Obersekundanten, die ihre Annahme für die Seeoffizierlaufbahn nachweisen, vom 1. Juni dieses Jahres ab die Reise für die Unterprima zuerkannt werden darf, auch wenn ihre Jahresklasse noch nicht zum Heeresdienst einberufen ist. Einstellungen von Anwärtern sind vorläufig für den 1. jeden Kalendervierteljahres in Aussicht genommen.

Präsident Wilsons Antwort. Aus Washington telebete das Londoner Reuter-Bureau am Abend des 9. Mai den Wortlaut der Antwortnote des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note vom 5. Mai. Einem Berliner Mittagsblatt vom 10. Mai zufolge „dürfte“ die Wilsonsche Note „in den ersten Nachmittagsstunden im Auswärtigen Amt überreicht werden. Nach der von Reuter verbreiteten Fassung zerfällt das neueste Schriftstück aus Washington in zwei Teile. Der erste bringt den Hinweis, daß die Regierung der Union das Versprechen Deutschlands hinsichtlich des U-Boot-Krieges zur Kenntnis genommen habe und durch dessen Inhalt ihren Ansprüchen Genüge getan habe. Eigentlich berührt der zweite Teil der angeblichen Note, der sich mit besonderem Nachdruck gegen das mögliche Mißverständnis wendet, daß das deutsche Zugeständnis an die Washingtoner Regierung irgendwie zu einem Eintreten für Beachtung der völkerrechtlichen Abmachungen England gegenüber verpflichte. Mit einem Urteile aber hält man besser zurück, bis die beglaubigte Fassung des Wilsonschen Schriftstückes vorliegt.

+ Der „Suffrag“-Fall erledigt. Halbamtslich schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 10. Mai:

Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, sind die bisher noch ausstehenden Feststellungen zum „Suffrag“-Fall in der Zwischenzeit erfolgt. Nach dem Ergebnis der damit abgeschlossenen Untersuchung hat sich die aus dem hier damals bekannten Tatsachenmaterial gewonnene Ansicht, daß die Beschädigung der „Suffrag“ auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen Unterseeboots zurückzuführen sei, nicht aufrechterhalten lassen. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß das von einem deutschen Unterseeboot am 24. März d. J. torpedierte vermeintliche Kriegsschiff in der Tat mit dem Dampfer „Suffrag“ identisch ist. Die deutsche Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten hiervon benachrichtigt und ihr mitgeteilt, daß sie hieraus die Folgerungen im Sinne der Note vom 4. d. M. zieht.

+ Liebknecht bleibt in Haft. Berlin, 10. Mai. Den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags lehnte heute die schleunigen Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aussetzung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht und Aufhebung der über ihn verhängten Haft gegen die beiden sozialdemokratischen und die eine polnische Stimme ab.

Die bulgarischen Sobranjemitglieder als Gäste Berlins. Am 9. Mai waren die bulgarischen Volksvertreter Gäste der Reichshauptstadt. Von einer Abordnung der Gemeindebehörden abgeholt, machten sie eine Besichtigungsfahrt durch die historischen und durch die schönsten Teile Berlins, nach deren Beendigung ein Empfang im Festsaal des Rathauses stattfand, an den sich ein Frühstück schloß.

+ Keine „Lebensmitteldiktatur“. Der Reichskanzler empfing am 10. Mai den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zu einer Aussprache über allgemeine Fragen, wie sie von Zeit zu Zeit zwischen dem Kanzler und den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten stattzufinden pflegt. Es ist falsch, den Besuch des Grafen Hertling in Berlin mit Personalveränderungen innerhalb der Reichsregierung oder mit speziellen Organisationsfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung in Verbindung zu bringen. Dabei wird bemerkt, daß in der Tat eine Verbesserung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates im Werke ist, dem die Ausführung der Bundesratsverordnungen obliegt. Die Errichtung einer den Bundesrat ausschaltenden „Lebensmitteldiktatur“, wie sie ein Abendblatt ankündigt, ist selbstverständlich nicht geplant. (W. L. B.)

+ Die Novelle zum Vereinsgesetz. In zweiter Lesung am 10. Mai im Reichstage zur Debatte. An Stelle des erkrankten Staatssekretärs Dr. Delbrück empfahl der Ministerialdirektor Lewald das Gesetz dem Wohlwollen des Hauses. Er bezeichnete die Vorlage selbst als die lokale Einlösung eines dem Reichstage gegebenen Versprechens, erklärte aber auch mit aller Bestimmtheit, daß die Regierung sich auf weitere Zugeständnisse nicht einlassen könne, da solche Anträge nur das Gesetz gefährden könnten. Die Aussprache, die sich an diese Ausführungen

des Regierungsvertreters anschloß, gestaltete sich recht lebhaft und erinnerte hin und wieder an die bewegten politischen Auseinandersetzungen zur Zeit des Vereinsgesetzes im Jahre 1908. Zweifellos aber war man diesmal viel sachlicher und verträglicher und beschränkte sich darauf, kleine boshaften Erinnerungen an die Blodzeit auszutauschen.

+ Die nächste Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses findet bekanntlich am 30. Mai 12 Uhr mittags statt. Tagesordnung: 1. Beratung eines etwa eingehenden Antrages über die Erörterung der Lebensmittelfragen. 2. Einmalige Beratung des Zusatzvertrages zu dem zwischen Preußen einerseits und Bayern, Württemberg und Baden andererseits abgeschlossenen Staatsvertrag zur Regelung der Lotterieverhältnisse vom 29. Juli 1911. 3. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer.

In die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eingetreten ist, dem „Vorwärts“ zufolge, das bisherige Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Ruffel. Die Haase-Fraktion zählt also jetzt 19 Mitglieder. Ruffel vertritt den Wahlkreis Borna-Bögan (Sachsen 14).

+ Die bulgarischen Sobranje-Abgeordneten sind am 10. Mai nachts nach mehrtägigem Aufenthalt in der Reichshauptstadt nach Kiel weitergereist, wo sie am 11. vormittags eintrafen und auf dem Bahnhofe vom Stadtkommandanten sowie dem Polizeipräsidenten und anderen hervorragenden Persönlichkeiten empfangen wurden. Im Laufe des Tages wurden Kanal- und Marineanlagen sowie Kriegsschiffe besichtigt. Mittags fand im königlichen Schloß ein Empfang der Abordnung durch den Prinzen Heinrich von Preußen statt. Abends erfolgte die Abreise nach Hamburg. — Zum Berliner Besuche äußert sich die Sozialdemokratische „Kampana“ u. a. folgendermaßen:

Die Hauptstadt des großen, mächtigen und unbefriedigten Deutschland ehrt die bulgarischen Deputierten und begrüßt die teuren Bundesgenossen. Berührt von der Herzlichkeit und dem hüllenden Wohlwollen, das Deutschland bewiesen hat, bemüht sich die bulgarische Nation, ihren Dank abzustatten. Sie wird auch in Zukunft ihren härteren Brüdern beweisen, daß sie ein würdiges Mitglied des Verbundes ist.

Deutscher Reichstag.

8 Berlin, 11. Mai 1916.

Im Reichstage ist nun der Fall Liebknecht zum Abschluß gekommen. Herr Liebknecht, der Landsturmann und Armierungssoldat, der, als Zivilist verkleidet, auf dem Potsdamer Plage Flugblätter verteilt und „Nieder mit der Regierung!“ geschrien hatte, ist für den Reichstag erledigt. Jetzt haben andere Richter zu sprechen!

Die heutige Sitzung, die sich mit diesen Fragen zu befassen hatte, vollzog sich würdig und sachlich. Der fortschrittliche Abgeordnete v. Pöger gab einen klaren Bericht über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses. Die Akten der Berliner Kommandantur lagen dem Ausschusse vor; aus ihnen und dem Zugeständnis Liebknechts geht hervor, daß Liebknecht die ihm zur Last gelegten aufrührerischen Akte ausgeführt hat, daß er verlegende Flugblätter verteilt hat, und daß er sich auch wohl bewußt war, gegen die Gejeze zu handeln. Die Anklage, die gegen ihn erhoben wurde, lautet auf Verleumdung und andere Straftaten. Der Ausschuss hat die ganze Frage kühl und sachlich geprüft. Er hielt es für eine schwere Verantwortung, wenn auf Veranlassung des Reichstags dem Abgeordneten Liebknecht die Möglichkeit gegeben würde, sein Treiben weiter fortzusetzen. Es sei auch erwogen worden, ob auf die Witwe Liebknechts im Reichstag so großer Wert gelegt werden müsse, daß seine Haftentlassung notwendig sei. Schließlich wurde die Frage erörtert, ob die Anklage ernstlich gemeint sei und mit Nachdruck begründet wurde, und ob die behauptete strafbare Handlung auch wirklich vorliege. Die Mehrheit des Ausschusses hielt diese Voraussetzung für gegeben. Das Verhalten Liebknechts im Reichstage selbst kam gar nicht in Betracht. Man stellte fest, daß die bisherige milde Praxis des Reichstages nicht die Verpflichtung in sich schließt, in allen Fällen die Einstellung eines Verfahrens zu verlangen. Die Folgen solcher Demonstrationen, wie sie von Liebknecht veranstaltet wurden, liegen sich, namentlich in Großstädten, nie übersehen. Eine ernste Gefahr für das Vaterland werde dadurch heraufbeschworen. Auch der Eindruck auf das Ausland dürfe nicht vergessen werden.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Mittwoch von christlich-sozialer Seite eindringlich auf die Bedeutung der Heimstättenbewegung hingewiesen. Der von Adolf Damacke begründete Hauptausschuß für Kriegerheimstätten hat bereits 2800 ihm angeschlossene kirchliche und soziale Organisationen, denen über 4 Millionen Mitglieder angehören. Der erste Erfolg ist das Kapitalabfindungsgesetz. Der von christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten im Hauptausschuß gestellte Antrag ersucht den Herrn Reichskanzler, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren Versorgungsberechtigten hinterbliebenen tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu

unterziehen mit dem Ziel, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten. Der christlich-soziale Redner wies darauf hin, daß bereits vor Jahren der christlich-konservative Abgeordnete von Riepenhausen im Reichstag erfolgreich für den Heimstättengedanken eingetreten ist: Ausdehnung der Verschuldungsgrenze, Erschwerung der Zwangsversteigerung von Heimstätten und Förderung des Erbaurechts; der Ministerialdirektor teilte mit, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf seitens des Reichsamtes den Einzelstaaten unterbreitet worden ist. Die Heimstättenfrage wird zur Zeit im Reichsamt des Innern eingehend geprüft. Bereits hat die sächsische Staatsregierung eine entsprechende Organisation ins Leben gerufen und Preußen soeben ein Ansiedelungsgesetz beschlossen; nicht möglich sei, jedem Kriegsteilnehmer ein Anrecht auf eine Heimstätte zu geben. Der christlich-soziale Redner stimmte zu, betonte aber, daß der Heimstättengedanke viel zur Erhaltung der Freundschaft in den Schlingengräben beiträgt und bedauerte die seltene Stellung des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Heimstätten; der Redner wies endlich auf das neu zu erwerbende Land hin. Wenn die vor dem Kriege bestehenden Preise in Neu-Deutschland erhalten bleiben, so ist die Möglichkeit großzügiger Heimstättenbildung gegeben, aber auch nur dann, wenn rücksichtslos gegen Ausartung der Spekulation eingetreten wird, so wie heute schon das Oberkommando Ost jeden Landankauf an seine Genehmigung knüpft.

Ueber die Handelsmarine wurde am Mittwoch eingehend im Hauptausschuß des Reichstages verhandelt. Bekanntlich liegt hierzu eine Anregung des früheren Reichstagsabgeordneten Raab auf Schaffung einer „Kaiserlichen Handelsmarine“ vor. Von Seiten der Reichsregierung wurde hiergegen eingewendet, der Handel gebe nur in gewerblicher Freiheit; doch war auch der Vertreter der Reichsregierung der Ueberzeugung, daß nach Kriegsschluß weitgehende Einwirkung der Reichsregierung auf unsere überseeische Aus- und Einfuhr notwendig ist; die Reichsregierung sollte unsere Handelsmarine bei Friedensschluß durch Geld entschädigen und flottmachen, aber mit Rücksicht auf die starke Preissteigerung der verbliebenen Schiffe dafür junge Aktien fördern: auf diesem Wege würde der Einfluß des Reichs bei der Handelsseefahrt gefördert, ohne dieser die kaufmännische Form zu nehmen. An gutem Ertrag würde die Reichsflotte auf diesem Wege Anteil nehmen. — Von Seiten der Deutschen Fraktion wurde weiter der Antrag gestellt und begründet, denen, die infolge des Krieges in Konkurs geraten, nicht die staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen und Kritik an manchen wirtschaftlichen Maßnahmen des Reichsamtes des Innern gelte: amerikanische Schundfilme werden über Dänemark ein- und Spargel nach Dänemark ausgeführt! Nach der Antwort des Reichsamtes des Innern wird die Einfuhr amerikanischer Filme erneut geprüft und die Ausfuhrbewilligung für Spargel schwerlich aufrecht erhalten werden. Von christlich-sozialer Seite wurde angeregt, möglichst die Ausfuhr von Zuckern zu fördern, besondere Maßnahmen seitens der Reichsregierung auf diesem Felde zur Förderung unserer Währung zu treffen.

Von christlich-sozialer Seite wurde am Mittwoch im Hauptausschuß des Reichstages eine Reihe sozialpolitischer Anregungen gegeben. Es wurde darauf hingewiesen, daß notgedrungen Frauen und Jugendliche jetzt sehr hart herangezogen werden, darum für die Zeit von Friedensbeginn an erhöhter Frauen- und Jugendschutz erforderlich ist: Weitergewähr der Wochenhilfe zur Friedenszeit durch die Krankenkasse, Ausdehnung des Jugendschutzes auf das 17. und 18. Lebensjahr, Befestigung der unfähigen 24stündigen Wechselschicht der Feuerarbeiter, erweiterte Sonntagsruhe auch im Handels- und Verkehrsgewerbe. Es wäre dringend erforderlich, daß dem Reichstag die Besetzung, die ihm bei Fortdauer des Friedens schon im Herbst 1914 beschliffen hätten, bald nach Eintritt des Waffenstillstandes vorgelegt werden: Kampf gegen unheimliche Kneipen und für Kinozessionen, Reichs-Theatergesetz und Bestimmungen über die Schankerechtsfrage. Endlich wäre, so führte der christlich-soziale Redner aus, sehr zu erwägen, ob wir nicht endlich das Arbeits-Lammergesetz erhalten könnten, das uns für die kommenden Friedensaufgaben die unentbehrliche Organisation der Arbeit brächte.

Berlin, 11. Mai 1916.

Die Sitzung des Hauptausschusses brachte die Annahme mancher wichtiger Anträge: Anträge zugunsten des Arbeiterschutzes und der Kriegsunterstützten. Wir haben zwei weitere Anträge hervor: ein Antrag zweier christlich-nationaler Arbeiterabgeordneten (Behrens, Giesberts), der sich für die Heimstättenbewegung ausspricht, entsprechendes gesetzliches Vorgehen fordert, und besonders dafür, daß die Heimstätten ihrem Zwecke erhalten bleibe und nicht der Spekulation ausgemerzt wird, ferner ein von christlich-sozialer Seite angeregter, von allen Parteien geförderter Antrag, vermehrte Reichsmittel für den Bau von Kleinwohnungen bereit zu stellen: jährlich 10 Millionen für das Wohnungsbedürfnis der Reichsarbeiter, aerina besoldeten Reichsbeamten und der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen.

In der Vollversammlung des Reichstages beschloß man sich zunächst mit dem Fall Liebknecht, der wegen Kriegsverrats unter Anklage steht. Die Geschäftsordnungskommission hatte sich mit 10 gegen 4 Stimmen dafür entschieden, dem Rechte freien Lauf zu lassen. Auf der einen Seite steht die Mitarbeit Liebknechts im Reichstag, auf der anderen Seite das Interesse der Gerechtigkeit. Nachhaken und auf bearbeitete Exzellenz von Paner (Fortschrittliche Volkspartei) die Entschiedenheit des Ausschusses, Recht geschick und makvoll, immer nur beim Formellen verbleibend, versuchte Landsberger (Sozialdemokrat) den Abgeordneten Dr. Liebknecht aus der Haft zu entreißen. In größerer Weise machte Herr Haase, der ausseichnend namentliche Abstimmung beantragte, denselben Versuch. General von Langemann schaut aufmerksam in den Saal, ist aber des Sieges der Gerechtigkeit gewiß. Bisher ver-

ließ die Versammlung sehr ruhig und würdig. Mit mehr denn Zweidrittel-Mehrheit beschloß der Reichstag, dem Rechte freien Lauf zu lassen.

Ausland.

+ Spaniens Haltung.

Madrid, 10. Mai. (Meldung der „Agence France“.) In einer parlamentarischen Versammlung der Konservativen gab Dato eine historische Uebersicht über die Tätigkeit des letzten Kabinetts bis zur Krise. Was die äußere Politik der konservativen Partei anbelangt, so ist Dato der Ansicht, daß Spanien sich allen Kriegführenden gegenüber neutral verhalten muß und sich nicht in den Krieg verwickeln lassen darf. Die Partei müsse sich darin ein Beispiel an ihrem Herrscher nehmen, der die höchste Verkörperung des Landes darstelle. Dato kündigte an, daß die Konservativen das Kabinett Romanones unterstützen würden.

+ Englands Nähe an den Iren.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London vom 9. Mai: Von den letzten vier Aufständischen, die erschossen wurden, gehörte einer, Edmund Kent, zu den Unterzeichnern der Sinn-Fein-Proklamation, so daß jetzt fünf von den Unterzeichnern hingerichtet sind. Weiter wird berichtet, daß Connolly sehr schwer verwundet ist, daß wenig Aussicht auf seine Wiedererholung besteht. Im ganzen wurden bis jetzt 12 Personen hingerichtet, 67 zu Zuchthausstrafe und 2 zu Zwangsarbeit verurteilt; zwei wurden freigesprochen.

In der Unterhaus-Sitzung vom 9. Mai teilte Asquith mit, daß Armee, Marine und Polizei in Irland 124 Mann an Toten, 388 Mann an Verwundeten und 9 an Vermissten verloren haben.

+ Ausbreitung der Anzeichen auf Nordchina.

Amsterdam, 9. Mai. „Handelsblad“ meldet aus London: Der „Morning Post“ wird aus Peking berichtet, daß die Lage in Schanghai ernst werde. Die Rebellen hätten Tschoungtsun besetzt. Ferner wird gemeldet, daß sich in Tsinanju viele Bombenexplosionen ereignet hätten. In einem anderen Bericht wird behauptet, daß ein japanischer Zug bei Weihien beschossen worden sei.

Nach zuverlässigen Berichten aus Tschungking hat Tschengta, die Hauptstadt der Provinz Szechuan, die Unabhängigkeit ohne eine formelle Erklärung angenommen.

+ Spaniens aufrichtige Neutralität.

Madrid, 11. Mai. Bei Eröffnung der Kammer verlas der König eine Thronrede, in der es u. a. heißt: „Spanien unterhält mit allen Kriegführenden die gleichen freundschaftlichen Beziehungen. Spanien wird seine Neutralität aufrichtig fortsetzen. Alle Kriegführenden schenken die Loyalität seines Verhaltens und die gerechten Gründe seiner Haltung. Die Regierung gehorcht, indem sie ihre Neutralitätspolitik bekräftigt, dem einstimmigen Willen des Landes.“

+ Unangenehme Wahrheiten.

sagt der bekannte englische Militärschriftsteller Bovat Fraser in einer der letzten Nummern der Londoner „Daily Mail“ der Regierung seines Landes, indem er u. a. ausführt: „Die englische Regierung ist der größte Fabrikant von Siegen, den man je in der Geschichte gekannt hat. Wenn sie im Kriege selbst ebenso kühn wäre, wie in ihren Erklärungen, so wäre der Kampf längst vorbei. Sie verstand sogar, Gallipoli auszunutzen. Wir haben, sagte sie, Akibaba und die Höhen von Anafarta allerdings nicht genommen, aber sehr doch, wie wundervoll wir uns aus dem Staube gehoben.“

Die Regierung hat sich der irischen Dinge betrieblig gerührt. Sie gab zu, daß gegenüber den Sinn Feinern wohl ein Fehler gemacht worden sei, aber sie verlangte Bewunderung für die Energie ihrer Aktion, nachdem die besten Stadtteile von Dublin in Trümmer geschossen waren. Jetzt versucht sie, die Nation zu überreden, daß sie einen erstaunlich geschickten und weitsehenden Zug getan habe, als sie General Tombsend in Kut-el-Amara einschließen ließ. Aber tatsächlich war es die Uebergabe der größten britischen Streitmacht, die sich je im Laufe der Geschichte ergeben hat. Man muß dazu die Verluste in der Schlacht von Mesopotamien rechnen. Kein einziger Abgeordneter hat bisher im Parlament gefragt, wie groß die Gesamtverluste in Mesopotamien gewesen sind. Mit leichtfertigen Erklärungen können die Tatsachen nicht ausgelöscht werden, daß wir zweimal die größten Niederlagen von den Türken erlitten haben, auf Gallipoli und am Tigris, und nicht durch den Mangel an Mut unserer Truppen, sondern durch den Wechsel zwischen zögernder Schwäche und impulsiver Unfähigkeit unserer Regierung in der Leitung des Krieges.“

+ Die irische Frage.

In der Unterhaus-Sitzung vom 10. Mai kündigte der Premierminister Asquith die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der näheren Umstände der Sinn-Fein-Revolution in Irland an, deren Vorsitzender Lord Hardinge, der frühere Vizekönig von Indien, sein werde. Asquith weigerte sich zwar, die Zusage zu geben, daß keine militärischen Hinrichtungen mehr in Dublin stattfinden würden, drückte aber die Hoffnung aus, daß, wenn die beiden noch beständigen Todesurteile vollzogen sein würden, weiter keine Notwendigkeit eintreten werde, mit äußerster Strenge vorzugehen. Die Frage der militärischen Hinrichtungen solle am 11. Mai zur Besprechung kommen, Hinrichtungen sollten inzwischen keine stattfinden. — Bei der Beratung über den Zusatzantrag, der die Ausdehnung der Dienstpflicht auf Irland verlangt, erklärte Asquith, daß der Antrag unannehmbar sei. Der irische Nationalistenführer Redmond sagte, die Annahme des Antrages wäre nicht nur verkehrt, sondern einfach wahnsinnig, und der Unionistenführer Carson sprach in bitteren Worten über die Macht, die Redmond, ohne Verantwortung zu tragen, in Irland ausübe. — Lord Crewe teilte im Oberhaus mit, daß der Vizekönig von Irland, Lord Wimborne, zurückgetreten sei.

+ Polisch „sehr zufrieden“.

Kopenhagen, 11. Mai. Petersburger Zeitungen vom 5. Mai veröffentlichten folgende Mitteilung des Preßbureaus: Der serbische Ministerpräsident Paschitsch hat die Erklärung abgegeben, er sei mit den ihm von dem höchsten Leiter der äußeren Politik Russlands gegebenen Zusicherungen sehr zufrieden; die Wünsche und Hoffnungen des serbischen Volkes auf eine Vereinigung aller serbischen Länder unter der Dynastie der Karageorgewitsch würden ebenso in den höchsten wie in den politischen Kreisen geteilt; eine genaue Festlegung der serbischen Wünsche gelte aus politischen Gründen nicht.

Kleine politische Nachrichten.

+ Einer Japans-Meldung aus Toulon zufolge ist am 10. Mai des französischen Ministers des Auswärtigen der deutsche Botschafter in Toulon und sein Personal, welche sämtlich vor einem Monat nach Toulon gekommen und in einem Fort interniert worden waren, an die Schweizer Grenze befördert worden.

+ Konstantinopeler Zeitungsmitteilungen besagen, das Handelsministerium habe der Standard Oil Company eine Konzession erteilt, nach Petroleumquellen in Bulgarien zu suchen, wo sich ein bedeutendes petroleumhaltiges Gebiet befindet. — Dort hatte eine einheimische Gesellschaft, unter fremdlandischem namentlich englischem Kapital, bereits vorgenommen, insbesondere bei El-Rosin, 125 Meilen von Haifa. Die Arbeiter waren aber bei Kriegsausbruch zurückgeblieben.

+ Aus Balladolid kommt die Nachricht, daß in der Sammlung der Bahnangehörigen der spanischen Nationalen friedlicher Generalstreik beschlossen worden ist. Die Eisenbahnen von ganz Spanien hätten den Beschluß der Regierung habe Vorkehrungen getroffen, um Unruhen zu vermeiden und den Verkehr aufrechtzuerhalten.

+ Laut einer Wiener Meldung des Pariser „Revue“ ist Benizelos in Athen zum Abgeordneten gewählt worden. Ein Gegenkandidat sei nicht aufgestellt worden. Benizelos habe übrigens erklärt, daß er seinen Sitz im Parlament nicht einnehmen werde.

+ In London wurde dieser Tage eine Verlesung der Zuckerfabrikanten von Indien, Australien, Westindien, Ägypten, Katal und Mauritius abgehalten, die von der Union der Zuckerfabrikanten des britischen Reiches einberufen war. Diese Organisation war gebildet worden, um die Interessen der Zuckerfabrikanten gegen die Konkurrenz der amerikanischen und österreichischen Rübenzucker zu verdrängen.

+ Nach einer Meldung aus Washington hat der Präsident Wilson Truppen aus den Staaten Texas, Arizona und Mexiko einberufen, die mit zwei weiteren Regimenter Truppen, die bereits unterwegs sind, eine Streitmacht von 7000 Mann bilden. Diese Einberufung ist, wie man annimmt, erfolgt, um die Grenze vor weiteren Uebergriffen zu schützen.

+ Aus Ottawa wird den Londoner „Times“ berichtet, daß die Regierung eine Kommission von sechs hervorragenden Leuten aufstellen werde, die England, Frankreich und die Schweiz besuchen sollen, um zu untersuchen, wie der kanadische Handel gefördert werden könnte.

Das Schlachtfeld bei der „Höhe 304“.

Ueber den Schauplatz der Kämpfe, die zur Einnahme des Nordabhanges des Belforters Berges geführt haben, wird uns von unserem Mitarbeiter geschrieben:

In diesem Augenblick tobt westlich der Maas furchtbare Schlachten auf unserer Westfront, was das ganze gegenwärtige Krieges überhaupt. Die Gegner sind die Franzosen die Anerkennung zu sagen dürfen, daß sie es als Meister moderner Kriegerkunst von Grund aus verstehen, dem Angreifer die Aufgabe zu erschweren, und die erzielten Leistungen andererseits für die ungeheure Wucht des von deutschen Truppen vorgetragenen Angriffs, für die Nerventräufel und die zu jedem Opfer bereit hingeworfenen Soldaten sowie für die operative Ueberlegenheit der deutschen Heeresführung. Das Avocourt-Gebiet, die Ortschaften Molancourt, Haucourt und Béhincourt, die beiden Gruppen des „Toten Mannes“, Béhincourt, Cumieres-Gebiet bezeichnen die Erfolge, die die deutschen Truppen im Nordwesten Verduns in Zwischenräumen hartnäckigen, zähen Feinde abgerungen haben.

Die berühmte Höhe 304 ist seit dem 7. März, wenn auch noch nicht völlig, so doch schon in ihren wichtigsten Teilen in deutschen Händen. Sie ist die Bodenerhebung jenseits der Linie Avocourt-Béhincourt und gewinnt aus dieser Tatsache eine überaus strategische Bedeutung. Die Franzosen, denn auch dieses vorgeschobene Belfort, das bis zu Tagen der Erstürmung von Béhincourt die Rückendeckung für die längs des Belfortbaches verlaufende Verteidigungslinie bildete, mit allen Mitteln der Befestigungskunst einem außerordentlich starken, das gesamte Kampfgebiet westlich der Maas beherrschenden Artilleriestützpunkt. Unterstützt wurde die Verteidigungslinie durch die topographischen Verhältnisse, da die Höhe fast fast ist und nur an den unteren Hängen der Baumwuchs aufweist, ziemlich steil nach Norden. Nordwesten abfällt, während sie an die Straße Molancourt-Esnes sich nahezu eben anschmiegt und somit naturgemäß den Nachschub von Munition und Mannschaften sehr erleichtert. Der Angreifer findet nur geringe Widerstände in dem die Talsohle umsaumenden Waldstreifen, die dem westlich und östlich unter dem Flankenschutz der in den Händen der Franzosen befindlichen Höhen standen. Die Aufgabe unserer Stürmer war außerordentlich schwierig, und die Leistung der Deutschen, die sich neben den anderen deutschen Stämmen in Kämpfen um Verdun schon wiederholt auszuzeichnen legende hatten, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Natürlich kommt ein nicht unerheblicher Teil des Erfolges auch auf die glänzende Arbeit unserer Artillerie, die den Angriff unserer Truppen durch ein außerordentlich mächtvolles Trommelfeuer vorbereitete und ein nicht minder kräftiges Sperrfeuer den Sturm unserer Soldaten veroolständigte. In jedem Augenblick hat die deutsche Heeresleistung an dieser Stelle des Kampfgeländes einen großen Erfolg aufzuweisen und wenn es nicht überall zutrifft, daß eroberte Position für den Angreifer denselben Vorteil hält, den sie für den Verteidiger hatte, so läßt sich ein einfacher Blick auf die Karte ohne weiteres erkennen, daß mit der Eroberung der Höhe 304 die zweite zösijsche Verteidigungsstellung an Wert verliert, was sich von jetzt an dem unmittelbaren Angriff von den Gegnern ausgeht. Der Wert dieser französischen Verteidigungsstellung ist zwar von der Pariser Presse seit Wochen als ganz außerordentlich schildert worden, und tatsächlich ist nicht zu verkennen, daß diese Linie durch die überragende Höhe 310, die sich Esnes sowie in dem südwestlich gelegenen Esnes und den zur inneren Verteidigungslinie gehörenden Marre und Bois Bourrus eine ausgezeichnete Bedeutung besitzt, selbst wenn man von den starken Verteidigungsstellungen auf den Höhen östlich der Maas absteht.



Der Krieg.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung.

Belagerte Hauptquartier, den 11. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Flugzeuge besetzten Dänischen und die Engländer bei Adolfsort mit Bomben.

Auf dem westlichen Maas-Ufer griffen die Franzosen am 10. Mai die „Toten Mann“, abends südlich der Maas unsere Stellungen an. Beide Male

erfolglos. Unsere Angriffe im Maschinengewehr- und Sperrfeuer unter beträchtlichen Verlusten für die Franzosen.

Die deutsche Patrouille nahm im Camard-Wald eine Gefangene gefangen.

Die Zahl der bei den Kämpfen seit dem 4. Mai um die Maas gemachten Gefangenen betrug 309. Auf 53 Offiziere, 1515 Mann gestiegen.

Auf dem östlichen Maas-Ufer fanden in der Gegend von Castele-Waldes während der ganzen Nacht Handkämpfe statt, ein französischer Angriff in diesem Bereich wurde abgelehnt.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofs Seiburg wurden 500 Meter

ferndistanz Stellung errichtet. Hierbei fielen 309 Gefangene in unsere Hand. Einige Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung. (B. L. B.)

Andauernde erhöhte Artillerietätigkeit auf der österreichisch-italienischen Front.

Wien, 11. Mai. Amlich wird verlautbart:

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Neuigkeiten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Artillerietätigkeit hielt an den meisten

Teilen der Front auch gestern an; besonders lebhaft war im Dolomiten-Abchnitt zwischen Teufelstein und

Wannstein. Ein italienischer Flieger warf vormittags Bomben auf den Markt und den Dompflog von

Verona. Hierdurch wurden zwei Zivilpersonen getötet, einer verwundet.

Die Türkei im Kaukasus. — Vom Kreuzer „Mikot“, 10. Mai. Bericht des Hauptquartiers:

An der Front keine Veränderung.

An der Kaukasus-Front machten wir in östlichen

Teilen, die sich auf dem rechten Flügel und im Zentrum abspielten, eine Anzahl Gefangene und Beute.

Im Zentrum wurde der Angriff einer feindlichen Kompanie mit für sie großen Verlusten zurückgeschlagen.

Im Abschnitt von Bittis keine Veränderung. Infolge

des überraschenden Angriffs, den wir im Abschnitt von

Woz, ungefähr 40 Kilometer nordwestlich von Mouch, eine feindliche Abteilung unternahm, wurde der

Feind in Richtung Kiroz zurückgeworfen und verlor an 50 Mann und ließ auch einige Beute in unseren Händen. Im Zentrum mußte eine Streitmacht von

kompanien, die auf den Abhängen des Berges (5 Kilometer nordöstlich des Berges Köp) be-

stellt worden war, den Rückzug antreten, nachdem sie schwere Verluste erlitten hatte. Wir machten hier eine Anzahl Gefangene. Auf dem linken Flügel beschloß

der Feind in der Küstengegend in einzelnen Ab-

teilungen mit Befestigungsanlagen.

Als Bergstellungsmassregel gegenüber der russischen

Front, die offene Städte und Dörfer an der anatolischen

Front besetzt und harmlose Segler und Fischerboote ge-

nommen, vernichtete der Kreuzer „Mikot“ zwischen Sebastopol und Eupatoria ein Schiff von 4000 Tonnen und

die Anzahl von Segelschiffen.

Zwei unserer Flugzeuge warfen mit Erfolg am

10. April morgens auf das Lager, das Anwesenungs-

und feindliche Petroleumlager von Port Said Bomben und lehrten unbeschädigt zurück.

Konstantinopel, 10. Mai nachts. Antilcher Bericht:

An der Kaukasus-Front wurde der Feind im Ab-

schnitt des Kope-Berges in dem Gefechte, welches

am 8. Mai vormittags mit unserem Angriff begann und

am 9. Mai abends dauerte, durch Bajonetangriff aus-

gezeichnet. In einer Ausdehnung von beinahe 10

Kilometer verdrängt und ostwärts zurückgeworfen.

In diesem Gefechte machten wir 6 Offiziere und

über 300 Mann zu Gefangenen und nahmen 4 Maschin-

gewehre weg. Unsere Verfolgungsabteilungen bewahrten

den stetigen Schneesturm mit den zurückgebliebenen

Abteilungen des Feindes. Dergleichen wurden infolge des

überwältigenden Überraschenden Angriffs in der Nacht zum

10. Mai auf das Lager des Feindes bei Bafschji (15

Kilometer südlich von Mamahatun und südlich von

Kaslo-Dere) 250 Infanteristen und 200 Kavalleristen,

welche die feindliche Streitmacht bildeten, mit dem Ba-

ren und Handgranaten zu hundertfacher Flucht gezwungen

und bis auf eine geringe Anzahl vernichtet. Wir nahmen

dem Feinde eine Anzahl Gewehre ab. Im Abschnitt an

der Küste keine wesentliche Veränderung. Der Feind,

welcher westlich von Dschewistik vorzudringen versuchte,

wurde infolge einer Umgebungsabteilung unserer

Truppen nach Norden zurückgedrängt.

Keine wesentliche Nachrichten von den anderen Fronten.

+ Gefangen.

London, 10. Mai. „Globe“ melden, daß der britische

U-Boot „Dolcoath“ (1708 Bruttorenn) gesunken ist.

+ Zum Zeppelinverlust bei Saloniki.

Sofia, 10. Mai. (Vom Vertreter des B. L. B.) Von

der griechischen Grenze wird über den Verlust des „L 20“

berichtet. Als die Mannschaft des „L 20“

infolge der erlittenen Beschädigungen der Zeppelin

unverwundbar verloren sei, wurde dieser angezündet, so daß

in die Hände des Feindes nur Trümmer gerieten. — Die

Zeichnung „L 20“ beruht auf einem Irrtum des Be-

richters. „L 20“ ist bekanntlich das kürzlich bei

Entscheidung in Norwegen verlorengegangene Luftschiff,

während das fast gleichzeitig bei Saloniki vernichtete

Luftschiff im amtlichen Bericht nicht näher bezeichnet war.

+ Kämpfe in Albanien.

Aus Tepelene wird unter dem 9. Mai nach Athen ge-

meldet, daß heftige Kämpfe auf der Straße Steri-Balona

ausgebrochen, wo die Serben mit großer Wucht die

albanischen Verschanzungen angriffen. Auf beiden Seiten

war schwere Artillerie in Tätigkeit.

+ Französische Vermutungen.

In einer Militärkritik über die deutschen Vorkämpfe rechts und links der Maas schreibt der Pariser „Temps“ u. a.:

Diese Kämpfe beweisen, daß der Feind nichts von seiner Energie verloren hat und trotz der hohen bisherigen Verluste immer neue Truppen findet, um sie zum Sturm anzuleiten. Welchen Teil seiner Front mag er entblößt haben? Unter Petersburger Korrespondent telegraphiert von Kanonaden ohne Infanterieangriffe an der Front. Sollten die Deutschen dort mehrere Armeekorps weggenommen haben? Gleichwohl. Jedenfalls haben die Deutschen nördlich von Verdun Kräfte, die ihnen große Anstrengungen erlauben. Die Schlacht ist noch keineswegs beendet.

+ Ein falsches Gerücht über die „Tubantia“.

Berlin, 10. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Niederländische Zeitungen bringen die Nachricht, daß die „Tubantia“ durch Abgabe eines deutschen Schiffes ungefähr gleichen Wertes ersetzt werden würde. Diese Nachricht ist anscheinend dazu bestimmt, in den Niederlanden den Verdacht zu erwecken, daß deutsche Seestreitkräfte trotz der gegenteiligen Feststellungen der deutschen Regierung die „Tubantia“ vernichtet hätten. Da die „Tubantia“ nicht durch einen deutschen Angriff verloren gegangen ist, kann auch der Ersatz durch ein deutsches Schiff nicht in Frage kommen.

+ Der belgische Vorstoß gegen Deutsch-Ostafrika.

Le Havre, 10. Mai. (Bericht des belgischen Kolonialministeriums vom 9. Mai.) General Tombourg meldet: Eine Abteilung überschritt die deutsche Grenze im Norden von Ruanda. Teile der Vorhut kamen am 30. April im Osten des Mobasi-Sees an. Der kleine Mobasi-See liegt ungefähr 100 Kilometer von der belgischen Grenze, gleich weit entfernt von dem Kivu- und dem Viktoriasee.

Lokales und Provinziales.

Herborn, 12. Mai. Herrn Leutnant Wilhelm Schumann, Sohn des Herrn Metzgermeisters Friedr. Schumann dahier, ist das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen worden und ist somit der erste von den hiesigen Kriegern, der bis jetzt diese hohe Auszeichnung erhalten hat.

— Zum Verbot der Hauschlachtungen wird von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Seite erfährt, ist eine Verlängerung des Verbots der Hauschlachtungen ausgeschlossen. Das Verbot wird ganz bestimmt spätestens am 1. Oktober d. Is. aufgehoben werden. Das jetzige Verbot ist, wie wir hinzufügen können, nur ergangen, um die jetzt auf dem Lande schon vorhandenen Vorräte von Dauerfleisch über den Sommer zu sichern, d. h. die Besitzer solcher Vorräte auch ihrerseits zu härtestem Wirtschaften zu veranlassen. Das Bundesratsverbot betreffend die Hauschlachtungen bezweckt lediglich, gegen den Bedarf früherer Jahre ein übermäßiges Eindecken mit Fleischwaren zu verhindern, sowie es unmöglich zu machen, daß einige Personen auf dem Umwege über Hauschlachtungen sich zum Schaden der Allgemeinheit größere Mengen Fleisch und Fett verschaffen. Gerade der kleine Mann hat das größte Interesse daran, daß nicht allein Schweinefleisch, sondern, was für ihn viel wichtiger ist, Schweinefett produziert wird. Und dazu ist es unumgänglich notwendig, daß die Abschachtung junger Schweine in den Sommermonaten verhindert wird. Die genannte Bundesratsverordnung wird daher unter den jetzigen Verhältnissen die segensreichsten Folgen haben.

— Weibliche Bahnwärter und Schaffner werden demnächst auch im Eisenbahnbetriebe zu sehen sein. In einem Erlaß des Eisenbahnministers v. Breitenbach wird mit Rücksicht auf den Mangel an männlichen Kräften empfohlen, geeignete Frauen auch im Bahnwärter- und Beiwagenbedienste zu beschäftigen, wo es sich um Strecken mit einfachen Verhältnissen handelt, so daß die Sicherheit des Betriebes nicht beeinträchtigt wird. Ferner werden die Eisenbahndirektionen ermächtigt, geeignete Frauen für den Schaffnerdienst bei Personenzügen auszubilden und perfunctio in einfachen Verhältnissen in diesem Dienst zu verwenden.

1) Frankfurt a. M., 10. Mai. Der heute abgehaltene Pferdemarkt war von etwa 300 Pferden aller Art besetzt. Bei den hohen Preisen war das Kaufgeschäft zunächst mäßig, erst als die Preise zurückgingen, hob sich der Handel. Die vorhandenen Schlachtpferde erzielten bei raschem Abfah sehr hohe Preise.

2) Bad Homburg v. d. H., 10. Mai. Der bereits gemeldete Einbruch in die evangelische Gedächtniskirche im Stadtteil Niddorf stellt sich jetzt als ein großer Kirchenraub dar. Dem Diebe, der vorzügliche Orts- und Sachkenntnis verraten hat, fielen die historisch und kunstgeschichtlich wertvollen Kirchengeräte, die der Kaiser der Kirche vor zwei Jahren aus der hiesigen Schloßkirche zur Verfügung stellte, in die Hände. Von dem Kirchenräuber hat man noch nicht die geringste Spur.

3) Vom Main, 11. Mai. Augenblicklich werden vom Rhein und den Untermainhöfen zahlreiche leere Schiffe bergwärts nach Bamberg geschleppt, um hier rumänischen Weizen zu übernehmen. Die Schiffe erfahren dort allerdings etwas längeren Aufenthalt, da der Weizen in den letzten Tagen etwas spärlicher ankam. Auf der Talschiffahrt werden in der Hauptsache jetzt Breiter und Rapfseherben nach dem Mittelrhein verfrachtet. Lebhaft ist der Kohlentransport zu Berg, die Hauptabnehmerin hierfür sind die Eisenbahnverwaltungen. Vor allem hatten Würzburg und Aschaffenburg erhebliche Zufuhren.

Aus dem Reich.

+ Flurschäden bei Flugzeugnotlandungen. Der bei Flugzeugnotlandungen entstehende Flurschaden wird erfahrungsgemäß trotz dringender Warnungen seitens der Flugzeugpiloten in der Hauptsache von den Zuschauern (Ortsbewohnern usw.) verursacht. Die Heeresverwaltung kommt für den durch die Zuschauer bewirkten Flurschaden nicht auf, vielmehr können dafür nur die letzteren selbst haftbar gemacht werden. Die Bevölkerung wird hierauf aufmerksam gemacht und gewarnt. (B. L. B.)

10 000 Pfund Fleisch und Waren beschlagnahmt. Die städtische Polizei in Köln hat dieser Tage in zahlreichen Regierungen Durchsuchungen nach Fleischvorräten abgehalten. Dabei wurden bei dem in der Or. Neugasse wohnenden Großschlächter Sommer über 10 000 Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch und Würstchen vorgefunden. Zum Teil waren sie schon in Folge unsachgemäßer Aufbewahrung in Fäulnis übergegangen. Es hat sich herausgestellt, daß Sommer fortgesetzt gewaltige Mengen von Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen ausgeführt hat. Die Polizei hat das unverdorbene Fleisch beschlagnahmt und dem Schlachthof zugeführt, wo es sofort verkauft wurde. Gegen Sommer, dessen Geschäft geschlossen wurde, ist Anklage erhoben worden.

1400 Straffälle wegen Lebensmittelschwunders. Wegen Preiswunders bei Lebensmitteln sind in Leipzig, Blättermeldungen zufolge, zurzeit 1400 Straffälle anhängig, davon beziehen sich 400 auf Butter, 750 auf kaufmännische Artikel und 250 auf andere Lebensmittel. — Hoffentlich hört man einmal von wirklich empfindlichen Strafen.

Das große Los gezogen. In der Vormittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie vom Mittwoch wurde der Hauptgewinn in Höhe von 500 000 M. gezogen; er fiel auf die Nummer 54 831.

+ Zur Verhütung. Von den bisher in sibirischen Gefangenenlagern, vor allem in Spaschoje (Sibirien), befindlichen Deutschen sind in letzter Zeit verschiedentlich sonst regelmäßig eintreffende Nachrichten ausgeblieben, was die Angehörigen natürlich mit großer Sorge erfüllt hat. Zur Erklärung kann vielleicht dienen, daß, wie an amtlicher Stelle bekannt geworden ist, eine große Anzahl unserer kriegsgefangenen Landsleute aus Sibirien zurücktransportiert wird, um im europäischen Ausland bei der Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten Verwendung zu finden. Bei der langwierigen Fahrt durch weite Strecken des asiatischen Rußlands ist es den Gefangenen natürlich nicht möglich, irgendwelche Nachrichten vor dem Eintreffen an ihrem neuen Bestimmungsort aufzugeben, so daß das Ausbleiben von Nachrichten auf längere Zeit keine Beforgnis auszulösen braucht. (B. L. B.)

Verhütung des Wuchers. Die städtische Verwaltung von Bromberg wendet sich an gemeinnützige Vereine mit der Bitte, ihr Personen namhaft zu machen, die gewillt und befähigt sind — ob Herren oder Damen, ist gleichgültig —, die Polizei ehrenamtlich in der Überwachung des Geschäftsverkehrs zu unterstützen. Sie sollen teilweise mit Beamteigenschaften ausgestattet werden und beugt sein, erforderlichenfalls Einsicht in die Bücher zu nehmen. Den Frauen liegt es vor allem ob, in unausgesprochener Weise den Verkehr in den Geschäften zu kontrollieren und alle Fälle der wucherischen Ausbeutung — sei es durch Höchstpreisüberschreitung oder Weigerung, eine Ware bei nicht gleichzeitigem Bezug einer anderen abzugeben — rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Den beantragten Personen wird obliegende Verschwiegenheit zugesichert.

+ König Ludwig von Bayern hat am Mittwoch aus Anlaß der hundertjährigen Zugehörigkeit der Pfalz zum Königreich Bayern eine Abordnung aus der Pfalz empfangen. In seiner Ansprache sagte der König: Wir stehen mitten im Kriege. Wann er enden wird, wissen wir nicht; aber daß wir nicht besiegt werden, wissen wir und wir wollen keinen Frieden, der uns nicht eine bessere Stellung gibt, als wir jetzt haben. Unsere Feinde werden am Deutschen Reich, an der Kraft seiner und seiner treuen Verbündeten Heere. Wir bringen die schwersten Opfer an Gut und Blut, aber auch Opfer in der Heimat, wo dem Volke harte Entbehrungen auferlegt sind. Daß das Volk davon in aller Zukunft verschont bleibt, das ist das Ziel, das wir nach Friedensschluß erreichen müssen.

Das große Los der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, das bekanntlich auf Nr. 54 831 gezogen wurde, fiel in Abteilung I nach Paderborn, in Abteilung II nach Augsburg.

Weilburger Wetterdienst.

Wettervorhersage für Samstag, den 13. Mai: Veränderliche Bewölkung, einzelne leichte Regenfälle, Temperatur wenig geändert.

Letzte Nachrichten.

Freigabe der Mannschaft des „L 20“.

Kristiania, 11. Mai. (B. L. B.) Meldung des Norwegischen Telegraphenbureaus. Sechs Mann von der Besatzung des Luftschiffes „L 20“ sind freigegeben worden. Wegen des Fehlens besonderer völkerrechtlicher Bestimmungen für Luftschiffe haben die norwegischen Behörden es als ihre Pflicht betrachtet, den Regeln für die Schiffbrüchigen von Kriegsschiffen kriegsführender Staaten zu folgen. In Übereinstimmung mit dem Standpunkt, den die norwegischen Behörden bei früheren Gelegenheiten während des Krieges gegenüber den Engländern eingenommen hatten, haben sie an den Dampfern „Weimar“ und „India“ daher diejenigen Mannschaften freigegeben, welche gerettet in privaten Fahrzeugen an Land geführt wurden.

Revolte in Lissabon?

Budapest, 11. Mai. „Az Est“ veröffentlicht ein Telegramm aus Granada, wonach in Lissabon ein Aufstand ausgebrochen sei und das Arsenal in Flammen stehen soll. Ein Teil der Truppen beteiligte sich an der Revolte.

Australier und Neuseeländer an der französischen Front.

Bern, 11. Mai. Das „Journal“ und andere Pariser Blätter begrüßen die Ankunft australischer und neuseeländischer Truppen an der französischen Front. Es sind die Truppen von Gallipoli, die nach Aufgabe des Dardanellenunternehmens nach Ägypten verbracht und von dort kürzlich nach Marseille transportiert wurden, wo England eine Militärbasis eingerichtet hat. Dieser Tage ergötzen die von General Birdwood befehligten Truppen das Pariser Publikum durch eine Parade. Jetzt sind sie an die französische Front abgegangen.

Die „Russenjäger“ vom 4. Garde-Regiment 3. J.

Im den Verfolgungskämpfen nach der Durchbruchschlacht bei Gorlice-Tarnow war das 4. Garde-Regiment 3. J. bis an den Wislota vorgedrungen. Am 8. Mai wurde dieser Fluss von zwei Bataillonen überschritten und am folgenden Morgen die russische Stellung auf den Höhen östlich des Flusses im Sturm genommen. Trotz heftigster Gegenwehr auf den steilen, stark besetzten Höhen mußte der Gegner in östlicher Richtung zurückgehen und über 1000 Gefangene und 4 Maschinengewehre als Siegesbeute dem 4. Garde-Regiment zurücklassen.

Am Morgen des 10. Mai hatte das Regiment den Befehl, sich zum Angriff auf Strazow vorzubereiten, während die 11. Division über den Wislota ging. Den Auftrag zum Angriff selbst erhielt zunächst das Füsilier-Bataillon, dem das 11. Bataillon folgen sollte. Da der Feind in der vergangenen Nacht seine Stellung geräumt hatte, wurde Strazow vom Feinde frei gefunden und sofort besetzt. Nachdem sich das Bataillon bei der Kirche gesammelt hatte, ging eine Kompanie bis zum östlichen Dorfrand vor, wo sie von dem Infanteriefeuer schwacher feindlicher Kräfte auf den Höhen südlich des Dorfes empfangen wurde. Gegen 12 Uhr mittags lag auch zeitweilig schwaches feindliches Artilleriefeuer auf dem Dorf.

Unterdesse lag südlich von Strazow die 12. Garde-Brigade in hartem Kampf gegen starke russische Kräfte, gegen die sie nur langsam Raum gewinnen konnte. Der Bataillonsführer Major Graf St. konnte sich durch persönliche Aufklärung davon überzeugen, daß der Angriff der 12. Garde-Brigade wesentlich zu erleichtern war, wenn dieser durch ein flankierendes Vorgehen aus Strazow heraus unterstützt würde. Er ließ deshalb die 1. und 12. Kompanie gegen die Höhen südlich des Dorfes vorgehen, ohne daß es jedoch zum Eingriff in den Kampf der 12. Garde-Brigade kam. Dieser war es inzwischen gelungen, ihren Angriff so erfolgreich vorzutragen, daß der Feind insanken kam und bald in vollem Rückzug nach Osten auf Zaborow zurückzuziehen.

Wenn somit auch eine flankierende Unterstützung durch das Füsilier-Bataillon nicht mehr in Betracht kam, so gewann doch Major Graf St. die Überzeugung, daß der Rückzug der Russen für diese zu einer Katastrophe werden mußte, wenn es gelang, dem Feind die Rückzugsstraße zu versperren. Mit größter Beschleunigung trat deshalb das Bataillon den Vormarsch auf Zaborow an, der durch die allenthalben von den Russen an den Straßenbrücken vorgenommenen Sprengungen stark behindert wurde. Dies war auch der Grund, weshalb es der Maschinengewehrkompanie nur nach mühsamer gelang, mit den Füsilieren Schritt zu halten. Bei diesem mühsamen Vordringen konnte sie einen schönen Erfolg gegen russische Artillerie erringen, deren Zurückgehen auf dem westlichen Ufer des Wislota beobachtet wurde. Ein Maschinengewehr wurde schließlich in Stellung gebracht. In seinem vernichtenden Feuer blieben 3 Geschütze, 5 gefüllte Munitionswagen und 1 Proze auf der Rückzugsstraße liegen. Die Bedienungsmannschaften machten den Versuch, die Stränge der Bespannung zu durchschneiden und zu Pferde zu entkommen, aber nur wenigen gelang die Flucht.

In scharfster Gangart fand die Maschinengewehrkompanie schließlich wieder den Anschluß an die vortretenden Füsilier und vereinigte ihr Feuer mit dem der Infanterie auf die abziehenden Russen, deren Rückzug dadurch zur wilden Flucht umgewandelt.

Zwischen der 9. und 12. Kompanie, die zunächst flankierend zur Unterstützung der 12. Garde-Brigade eingesetzt waren, und den beiden anderen Kompanien bestand ein freier Raum, in den die Russen, wohl ohne den Durchbruch bemerkt zu haben, auf ihrer Flucht gerieten. Zu ihrer größten Überraschung wurden sie hier von der 9. und 12. Kompanie in Empfang genommen und in helle Haufen gefangen. Teilweise wurden sie auch durch lebhaftes Feuer der 12. Garde-Brigade wieder zugetrieben. Besonders reich war die Ernte der 9. Kompanie, 13 Offiziere, eine Kraftwagenführerin und über 3000 Mann fielen ihr als Gefangene in die Hände.

Dieser gewaltige Erfolg wurde den unerschrockenen Füsilieren durch die Unüberwindlichkeit des Geländes erleichtert. Fast unübersehbar war der Zug der Gefangenen, der sich nach rückwärts über den Wislota bewegte; die wenigen Verwundeten wurden auf einem Kahn über den Fluß gebracht. Und immer neue Scharen von Gefangenen kamen dazu. Eine ganze Maschinengewehrkompanie wurde aufgebracht, noch ehe die Dunkelheit hereinbrach. Aber auch dann noch wurde der Russenfang fortgesetzt, so daß schließlich 4500 Gefangene gezählt wurden.

Das 11. Bataillon hatte diesen Handstreich der Füsilier wirksam unterstützt, indem es die Flanken des vordringenden Bataillons sicherte.

Die unermüdbaren Mannschaften des Füsilier-Bataillons in der Hand unsichtiger Kompanieführer, und geleitet von dem raschen und zielbewußten Entschluß des Bataillonskommandeurs Grafen St., hatten einen glänzenden Erfolg errungen, und voll Stolz hörten sie am folgenden Abend die in erster Linie der 9. Kompanie geltende Begrüßung des Brigadeführers: Guten Abend, Russenjäger!

Aus dem Reiche

Landiszuder. Gegenüber mehrfach hervorgetretenen Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß Landiszuder unter die Verordnungen vom 10. April d. Js. über den Verkehr mit Verbrauchszucker fällt. Insbesondere unterliegt daher der Verbrauch von Landiszuder der Regelung durch die Kommunalverbände; soweit diese vorgeschrieben haben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarte abgegeben werden darf, gilt diese Vorschrift auch für Landiszuder. Ferner findet die Bestimmung, nach der die Kommunalverbände Höchstpreise für den Verkauf von Zucker an die Verbraucher festzusetzen haben, auch auf Landiszuder Anwendung. (W. L. B.)

Aus Groß-Berlin.

Von der Meierei Bolle, der bekannten Berliner Milchgroßfirma, wird soeben ein hübsches Stückchen bekannt. Ihr Leiter, Ingenieur Carl Berner, wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Ueberschreitung der Höchstpreise durch seine Angestellten zu einer Geldstrafe von 3000 M. verurteilt. Der Bollesche Betrieb sendet nämlich täglich etwa 170 Wagen zum Abzug seiner Produkte in die verschiedenen Stadtteile. Durch die Zeitlage veranlaßt, ist die Meierei dazu übergegangen, dem Verkauf von Milch und Butter noch den Vertrieb von Konserven, Fruchtsäften, Warmelaben, Honig und Talg hinzuzufügen. Die etwa 198 im Dienste der Meierei stehenden Arbeiter verdienen zu ihrem Wochenlohn noch eine bestimmte Provision je nach dem Absatz. Seitens der Ge-

schäftsleitung sind sie darauf hingewiesen, möglichst viel Honig zu verkaufen. Es hat sich nun die Möglichkeit herausgebildet, den Verkauf von Butter abhängig zu machen von der Entnahme von Honig. Nach dem Zeugnis der Angestellten einer Berliner Gesellschaft sollen sie nur dann je 1/4 Pfund Butter erhalten haben, wenn sie noch eine Pfunde Bienenhonig zum Preise von 1,50 M. entnahmen. Das Gericht war der Ansicht, daß hierdurch die Höchstpreise in kräftigster Form überschritten worden seien und der Angeklagte dafür einzustehen habe, da der Leiter eines so großen Betriebes nicht nur die Pflicht habe, einen möglichst großen Nutzen für die Aktionäre herauszuwirtschaften, sondern auch die Angestellten bezüglich der ordnungsgemäßen Geschäftshandhabung zu beaufsichtigen.

Hochpreise für Kalb- und Hammelfleisch. Auf Anordnung des Berliner Magistrats sind mit Gültigkeit vom 11. Mai ab Großhandels- und Kleinhandelspreise für Kalb- und Hammelfleisch sowie für Kalber- und Hammelkram in Kraft getreten. Ferner hat der Magistrat eine Verordnung erlassen, nach der nur noch die Herstellung von vier Wurstsorten zugelassen ist. Man hofft dadurch zu verhindern, daß die Schlächter von dem ihnen überlassenen Fleisch mehr als ihnen erlaubt ist zu Dauerwurst verarbeiten.

Marktbericht.

Herborn, 11. Mai. Auf dem heute abgehaltenen 4. Vieh- und Schweine-Markt waren aufgetrieben 11 Stück Rindvieh und 376 Schweine. Es wurden bezahlt für Fettvieh und 2 Ochsen 1. Qual. — Mk., 2. Qual. — Mk. Rinde u. Kinder 1. Qual. — Mk., 2. Qual. — Mk. per 50 Kilo Schlachtwicht. Auf dem Schweinemarkte kosteten Ferkel 120—155 Mk. Läufer 160—200 Mk. und Einleges Schweine 210—260 Mk. das Paar. Der nächste Markt findet am 29. Mai statt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: A. Klose, Herborn

Versammlung

Im II. landwirtschaftlichen Bezirks-Verein.

Am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr findet im „Nassauer Hof“ in Herborn eine Versammlung des II. landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Vorstandsmitgliedes Ad. Weiß von Mademühlen über: „Die Aufgaben der Landwirtschaft in diesem Kriege“.
2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1914.
3. Anderweite Festlegung des Weidgelbes für die Jungviehweide Breitscheid.
4. Festlegung des Rechnungsvoranschlags pro 1916.
5. Ergänzungswahlen zum Vorstande.
6. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1915.
7. Wahl der Delegierten zur nächsten Generalversammlung.
8. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
9. Aufnahme neuer Mitglieder.

Alle Vereinsmitglieder und Freunde des Vereins werden zu dieser Versammlung ergebenst eingeladen.

Dillenburg, den 9. Mai 1916.

Der Bezirks-Vorsitzende.

Beir. Sperrzeit für Tauben.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mit unterstellten Korpsbereich und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlshaber der Festung Mainz:

Das Ausfliegenlassen von Tauben, auch Militärbrieftauben, aus ihren Schlägen wird hiermit bis zum 1. Juni d. Js. verboten.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Frankfurt a. M., den 29. April 1916.

Stellvertretendes Generalkommando des 18. Armee-Korps.

Der kommandierende General: Freiherr von Gall,
General der Infanterie.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur strengsten Beachtung bekannt gegeben. Die Polizeibeamten sind angewiesen, Uebertretungsfälle unachlässig zur Anzeige zu bringen. Meine unterm 23. März d. Js. erlassene Anordnung betreffend Taubenstempel wird durch obige Anordnung des Stellv. Generalkommandos aufgehoben.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Die Polizeiverwaltung:

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Gemeindesteuerliste der Stadt Herborn für das Steuerjahr 1916 liegt gemäß § 80 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 vom 11. d. Mts. ab 14 Tage lang zur Einsicht der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen unter 900 Mark auf der Stadtkasse offen.

Berufungen gegen die Veranlagung sind binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Herrn Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission in Dillenburg anzubringen.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Der Magistrat: Birkendahl.

Impfung betr.

Die diesjährige öffentliche Impfung durch vertretenden Impfarzt, Herrn Sanitätsrat Dr. Berg, soll am Mittwoch den 17. d. Mts. und für Erstimpfungen nachmittags 3 Uhr und der Wiederimpfungen nachmittags 4 Uhr in der Mädchenfortbildungsalten Amtsgerichtsgebäude erfolgen.

Die Nachschau findet am Mittwoch den 24. für Erstimpfungen um 3 Uhr und für Wiederimpfungen 3.30 Uhr nachmittags statt.

Die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder sind aufgefordert, bei Vermeidung der im § 44 des Impfgesetzes angedrohten Strafe ihre impfpflichtigen gehörigen mit reingewaschenem Körper und sauberen Kleidern zur Impfung und Nachschau pünktlich zu bringen oder die Beweise vorzulegen, daß die Impfung erfolgt ist oder aus einem gesetzlichen Grunde unterbleiben kann.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Die Polizeiverwaltung:
Der Bürgermeister: Birkendahl.

Flaschen-Sammlung

Auf Anregung des Bezirks-Komitees vom 1. Mai bis Wiesbaden findet in der Zeit von Montag, den 15. d. Mts. bis einschl. Mittwoch, den 17. d. Mts. in der Stadt eine

Sammlung von leeren Flaschen aller

wie Wein-, Sekt-, und Saffflaschen statt. Die Sammlung erfolgt durch ältere Schulkinder.

Die Einwohner werden gebeten, leere Flaschen zu sammeln und zu halten.

Die gesammelten Flaschen sollen in erster Linie für den Verband flüssiger Liebesgaben Verwendung finden.

Herborn, den 10. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Pflanzen von Sonnenblumen.

Die Pflanzung von Sonnenblumen ist von Interesse der Geldeinnahme dringend erwünscht und wird bereit, Samen zu besorgen. Anmeldungen sind bis spätestens Samstag den 13. d. Mts. im Zimmer 10 des Rathhauses entgegenzunehmen.

Herborn, den 11. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die Oberförsterei Herborn

gibt grünes Futterlaub zur Selbstverwertung trocken aus 1915 ist noch billig zu haben. Auskunft durch die Hegemeister Lorenz, Kassen, Herborn.

Nutzholz-Versteigerung

Dienstag, den 16. d. Mts., morgens 9 Uhr anfangend, kommt in der alten Schule zu Frohnhausen (Dill) aus den Distrikten 18a und 19 Weidfeld, 7. und 8. Probenhäuser Seite folgendes Nutzholz zur Versteigerung:
1. Eichen-St. 5 Kl. 0,45 Jm., 2. Eichen-St. 5 Kl. 0,45 Jm., 3. Eichen-St. 4 Kl. 2,09 Jm., 157 F.-Stangen 1. Kl., 2. Kl. und 6 St. 3. Kl., 4. Rm. Eichen-Nutzholz 2,4 Mtr. lang, 2 Rm. Eichen-Nutzholz 2,4 Mtr. lang, 25 Rm. Eichen-Nutzholz 2,4 Mtr. lang und 15 Rm. Eichen-Nutzholz 2,4 Mtr. lang.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die Arbeiten und Lieferungen für die Errichtung eines neuen Empfangsgebäudes mit angebautem Güterschuppen auf Bahnhof Oberscheid Ort sollen vergeben werden:

Los 1: Erd-, Maurer-, Asphalt-, Steinmetz-, Schmiede- und Eisenarbeiten.

Los 2: Zimmerarbeiten.

Los 3: Dachdeckerarbeiten.

Los 4: Klempnerarbeiten.

Los 5: Tischlerarbeiten einschl. Beschlag und Verglasung.

Los 6: Anstreicher-, und Tapezierarbeiten.

Die Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können hier eingesehen, erstere auch gegen bestellbare Entlohnung von 1,60 Mk. für Los 1; 1,10 Mk. für Los 2; je 0,80 Mk. für Los 3, 4 und 6 und 1,30 Mk. für Los 5, solange der Vorrat reicht, von hier bezogen werden. Die mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote sind bis zu dem am Donnerstag, den 25. Mai 1916, vormittags 11 Uhr beginnenden Verdingungstermin einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Herborn, den 8. Mai 1916

Königl. Eisenbahnbetriebsamt, Kriegerbestände in der

Id. Pflaster- und Betonk.

wird billig abgegeben

Herborn, den 10. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Neunkirchen.

Kirchliche Nachrichten

Sonntag, den 14. d. Mts. (Jubiläum)

Herborn.

10 Uhr: Herr Pfarrer.

Text: Joh. 15, 1-17.

Lieder: 30, 248.

Christenlehre für die Jugend der 1. und 2. Klasse.

1 Uhr: Rinderkass.

2 Uhr: Herr Pfarrer.

Lied: 288.

Abends 8 1/2 Uhr.

Versammlung im ev. Saal.

Burg.

1 Uhr: Rinderkass.

4 Uhr: Herr Pfarrer.

Tausen und Teanung.

Herr Pfarrer.

Mittwoch 8 Uhr: Frauenverein im ev. Saal.

Donnerstag abends 8 Uhr: Kriegsbettende in der